

Zweiterlei Maß.

Die Deutschnationalen und die Kapitalflucht.

Am 4. Mai 1921 äußerte sich im Reichstage als Sprecher der Deutschnationalen der Abgeordnete Graef, der im Ausschuss für Wirtschaft und Statistik die Stellung seiner Fraktion darlegt. Das Verhalten der Deutschnationalen und der Kapitalflucht ist nach seiner Auffassung ein politisches, sondern kein ein allgemeines Defizit, und zwar ein solches, das die Ehre des betreffenden Beschuldigten tangiert. So der von dem Herrn Abgeordneten formulierte historiographische Bericht, Seite 359. Jetzt ist durch eine Berliner Strafkammer, also durch die höchsten des Herrn Amtsgerichtsrats Graf, festgestellt, daß der Prinz Eitel Friedrich sich der Kapitalflucht schuldig gemacht hat. Der Fall selbst ist für uns mit dem Gerichtsfall erledigt. Beachtung aber verdient das Verhalten der Deutschnationalen Presse. Wir haben die Organe der Reichspresse mit der größten Aufmerksamkeit durchforstet. Wir haben nirgend ein Wort von einem „gemeinen Defizit, das die Ehre des betreffenden Beschuldigten tangiert“, entdeckt. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Was war denn die Schuld des Prinzen? Selbst wenn man annähme, wollte, daß der Prinz seine Beschlüsse Kapitalverflechtungen in das Ausland gewesen wäre, so läge darin nichts in ihrer sittlich Belastendes. Denn jede Handlung ist sittlich nach ihren Beweggründen zu bewerten.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt ebenfalls, daß auf den Prinzen kein Maßfall, er habe nur sein Vermögen, von den neuartigen Forderungen der Revolutionäre, vom 9. November sicher stellen wollen. „Ein Wort der Deutschen Volkspartei, die „Tägliche Rundschau“, kommt sogar zu dem Ergebnis, daß „Prinz Eitel Friedrich bestialisch“, „moralisch verurteilt“, aber die Interpellation vom November 1920 feien. Es ist fatal, wenn man ein solches Gedächtnis hat. Man kommt dann in die unangenehme Lage, daß man den sittlichen Maßfall, den man bezeugt, weil es sich um einen politischen Gegner handelt, knapp 14 Tage später in eine sittlich einwandfreie Handlung umwandeln muß, sobald eine Persönlichkeitsfrage kommt, die man aus politischen Gründen zu verteidigen wünscht.

Die Reichspresse. Die Deutsche Volkspartei hat sich häufig, auch in ihrer parteiinternen Korrespondenz, dagegen gewehrt, daß sie eine „Partei der Rechten“ sei, sei eine „Partei der Mitte“. In der Praxis sieht es anders aus. Im preussischen Staatsrat haben sich, wie wir berichteten, die Deutschnationalen und der Volkspartei angehörende Mitglieder zu einer „preussischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Wie die offizielle Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, handelt es sich dabei nicht um einen Zweiverband zur Erreichung parlamentarischer Zwecke, sondern um eine regelrechte Fraktionsbildung, die dadurch besonders erleichtert worden sei, daß die Angehörigen beider Parteien schon bei den Wahlen in den Provinzen vielfach zusammengingen.

Urteile der Sondergerichte.

(Telegramme unseiner Korrespondenten.)

Das Raumburger Sondergericht verurteilte den Landrat Friedrich Sperber wegen verübten Hochverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Sperber hatte zusammen mit dem zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Kommunistenführer Koch die Pläne zu dem Aufruf in Bennawert ausgeführt und die Umsturzpläne durchgeführt. Wegen Aufrufes zum Hochverrat wurde der Angeklagte zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust, wegen Beihilfe zum Hochverrat der Bundesräte Karl Wunderlich zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust, wegen räuberischer Erpressung und schweren Landfriedensbruchs der Reichsjurist Fritz Illger zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Außerdem wurden noch zahlreiche Zuchthausstrafen von 1 bis zu 5 Jahren verhängt.

Ein Städtebaukünstler für Berlin

Von Fritz Stahl.

Das Ausschreiben, mit dem die Berliner städtische Deputation die Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen einen Direktor, ist entweder richtig gemacht und ungeschickt gefasst, oder es ist falsch gemacht und dann allerdings mit einer perfiden Geschicklichkeit hinfällig.

Es geht darin das entscheidende Wort, das Wort „Künstler“. Will man einen, so mußte das ausdrücklich gesagt werden. Will man keinen, sagt aber doch nicht geradezu das entgegengesetzte, weil die wichtigsten Städte längst einen berufen haben, dann war es Pflicht, alle Eigenschaften, die der Bewerber haben soll, aufzuführen und nur die künstlerische — gemessen an den Gedanken und wie gewöhnlich — auszulassen. Eigentlich kann sich auf dieses Ausschreiben, in dem der Verwaltungsdienst als eine Hauptaufgabe behandelt wird, ein Künstler gar nicht melden. Und dann kann man handverlesen den vielleicht schon ins Auge gefassten „bedürftigen Beamten“ wählen, unter dessen Leitung alles so schon sein allein bleibt.

Wir kennen diese bedürftigen Beamten, deren einziger Gehalts ist, daß ihre Ämter immer in Ordnung sind, und vor allem natürlich, daß reichlich Stenotypen produziert werden. Sie verlassen nach dreißig Jahren mit allen Ehren ihr Amt, und in dem Maße, das sie verdient haben, ist nichts geblieben. Unter dem wohl geleiteten, hieheroft arbeitenden Amt beruht in seinem Bezirk Anarchie und Unruhe. Man sollte Beispiele dafür gerade aus der Geschichte Berlins anführen, dessen Stadterweiterung, fortwährend dem Tiefbau angegliedert, und dessen Verkehr niemals bisher auch nur angeht worden sind, und deren Zustand deshalb nach dem Abgang der bedürftigen Leiter geradezu zum Himmel steht. Es gibt keine deutsche Großstadt, die bereit ohne Ideen und Pläne für die Zukunft dasteht wie die Reichshaupt- und Millionenstadt Berlin.

Die einzige großartige Ausfallstraße, die wir haben, die Abzweiger Verkehrs, hat Boddewitz als preislicher Landesverwaltungsminister mit Mitteln der Fortschrittlichen gebaut. Politisch eine Ingegnieurleistung, praktisch die größte Wohlthat, die diese Stadt jemals vom Staat empfangen hat, moralisch eine Bestätigung der fleißigsten Verwaltung.

Seine Aufgabe ist mehr als diese, die von den vorzüglichsten Verwaltungsdienstleistungen um ununterbrochliche Jahre geht und Begegnungen gebracht werden ist, braucht von einem Mann der Ideen, des Willens und der ethischen Tatkraft. Das kann aber nie ein Beamter, das muß ein Künstler sein.

Das Ausschreiben hat seinen übertrieben, der einermöglichen weiß, was hinter den Kulissen vorgeht. Es ist ja möglich, daß die neuen

Polnische Truppen an der obereschlesischen Grenze.

„Oberschlesien oder Krieg.“

Polnisch-französische Abmachungen?

Zu den Kämpfen um Oberschlesien bringt der Vertreter der obereschlesischen Gewerkschaften Waldemar Ossowski im „Vorwärts“ einen sehr lehrreichen Beitrag. Herr Ossowski war im April in Krakau, um die italienischen Genossen über den wirtlichen Stand in Oberschlesien zu unterrichten. Dabei erfuhr er, daß ihm die Vertreter der polnischen sozialistischen Partei bereits zuvor gekommen waren. Sie hatten ein gewisses Material vorgelegt, das die Zustellung Oberschlesiens an Polen begründete. Bei dem sozialistischen Führer Parci in Rom erfuhr Ossowski über dieses polnische Material genauere. Parci erklärte folgendes:

„Die Polen haben ausgeführt, daß ihr Verzicht in Rom nichts anderes bedeutete, als einen neuen Krieg zu verhindern. Zwischen der polnischen und der französischen Regierung sei ein Vertrag geschlossen, wonach Polen, falls Oberschlesien ganz oder teilweise Deutschland zugesprochen werde, sofort das Land mit Gewalt an sich reißen, d. h. militärisch besetzen werde. Frankreich habe sich verpflichtet, sofort im Falle einzumarschieren, falls Deutschland gegen die genannte Bestätigung Oberschlesiens Widerstand leisten sollte. Da hierdurch unbedingt ein neuer Krieg entbrennen müßte, erwarte man von den italienischen Genossen, daß sie ihren Einfluß geltend machen, um eine Zuteilung Oberschlesiens an Polen bei ihrer Regierung zu erwirken. Nur in diesem Falle sei ein Krieg zu vermeiden, denn Polen sei fest entschlossen, Oberschlesien unter allen Umständen zu annektieren.“

Erfreulicherweise hatten die Polen bei den italienischen Genossen keinen Erfolg. Die italienischen Sozialdemokraten gaben ihnen die Antwort, daß sie die gerechten Ansprüche Deutschlands unterstützen würden und weitere Verhandlungen mit den Polen ablehnten. Ob sie auch in der Lage sein sollten, bei ihrer durch die Spaltung der Partei noch verärgerten politischen Einflusslosigkeit diesen guten Willen in die Tat umzusetzen, mag dahingestellt bleiben. Aber die Mittelstaaten Schwofien beruhen nicht allein, daß die politischen Sozialisten gar nichts anderes als Agenten der polnischen Regierung sind, sondern eben, daß es die polnische Regierung im Vertrauen auf die französischen Zusagen auf einen Krieg ankommen lassen zu können glaubt, wenn der Raub Oberschlesiens auf friedlichem Wege misslingen sollte. Daß diese Drohungen nicht aus der Luft gegriffen sind, wird durch das ganze Verhalten der französischen Truppen in Oberschlesien bestätigt. Die polnische Regierung glaubt im Vertrauen auf die französische Unterstützung die Welt vor der Alternative: Krieg oder Oberschlesien stellen zu können. Man sieht, wo die Friedensschritte zu liegen sind.

Bereitstellung englischer Truppen für Oberschlesien.

B. S. Köln, 20. Mai.

Das Kommando der englischen Besatzungstruppen im Brundford-Adla hat vom Brigadier in London den telegraphischen Befehl erhalten, die 1. und 2. Infanteriebrigade der dortigen Division zusammen mit der Batterien Artillerie, einer Schwadron Kavallerie, Pioneerkommandos und Fliegern so zum Abtransport nach Oberschlesien bereit zu stellen, daß dieser sofort nach dem Eingang eines weiteren Befehls erfolgen kann. Im Falle des Abtransports ist Erfolg der Truppen aus dem englischen Militärlager Alverstoke in Stärke von vier Bataillionen zugesagt. Gleichzeitig erhielt das Kommando Befehl, die beim Stabe der französisch-belgischen Besatzungstruppen im nordschlesischen Gebiet befindlichen englischen Offiziere und Kommandos zurückzugeben. Zu den Streitkräften der englischen Besatzungstruppen nicht vor Anfang nächster Woche. Er würde

Stabsvorbereiten anders möchten als die alten, schon um den Untergang zu gehen. Aber sie sind in all diesen Dingen hilflos. Als ich hier einmal gegen die sinnlose papierenen Straßenverläufe in dem äußersten NW protestierte, wo die großartige Arbeiterwohnhäuser Europas geschaffen werden konnte, gingen ihre Führer zu den bewährten Befehlern dieser unmöglichen Pläne und ließen sich dumm machen. Niemand von ihnen kam sich für den Tag zu besinnen, daß die vertieften Zonen die wädrige Kunst für den Arbeiter sind, hat ihnen jemals von der sozialen Grundbedeutung der neuen Städtebau gesprochen. Die für sie doch wirklich ein höheres wichtig ist als die Frage der Pläne, die sie vielleicht faum zu Gesicht bekommen. Deshalb hätte der Weisheit der sozialen Hintergründe mehr als je „Künstler“, sagen die, „paß unpraktische Leute, die nur ihren Phantasien und Hirngespinnken nachgehen, die das Geld verbuddeln, um Egoismus zu schaffen, in Lebensfähigkeit!“ Und sie haben gewonnenes Spiel.

Weber haben Generationen von Künstlern alles getan, um eine solche Tatkraft möglich zu machen. Sie haben die Wege von der wirtschaftlichen Gleichgültigkeit in die Welt geführt und durch private und öffentliche Rederei aufrechterhalten. Man nannte das Idealismus. Und sie haben wirklich Irrtum gemacht, wenn man sie heranzog. Auch ist der Zynismus noch nicht ganz ausgeheilt.

Aber das kann man sagen. Under den Kaufmännern besteht er fast gar nicht mehr. Und wer moderne Siedlungen kennt und ihre Organisation studiert hat, der weiß, eine wie genaue Berechnung da angesetzt werden muß und angewandt wird. Wirkliche Planung, Rechnung. Ich habe einen solchen Mann geradezu weiten sehen, weil die Worte aus Gründen der repräsentativen Willkürlicher Aufstellung ihm für die Stroben einer Gartenfäll Weiten aufgegeben hatte, die gar nicht nötig waren. Und ebenso geht es die Kaufmannschaft mit Material und Formungsplänen.

Wie das sich vorgehende Vorwissen ist durchaus grundlos, wenn man sich auch natürlich jeden Bewerber genau darauf ansehen muß, ob er etwa noch irgendwas von dem alten Instanz an sich hat.

Wichtig ist die Fähigkeit, groß zu planen, die wirklich bewiesen werden muß. Es fehlt nicht an Kräften. Und dreimal wichtig ist, daß der Mann Berlin gründlich kennt, all die schwierigen Probleme schon durchgedacht hat und nicht erst Jahre braucht, um zu erkennen, worauf es ankommt.

Wie stände Berlin heute da, wenn es einen solchen Künstler vor zehn Jahren berufen hätte? Heute einen routinisierten Verwalter bestellen, heißt Berlin auf weitere Jahrzehnte zum Stillstand verurteilen. Kein Ständchen mehr! Wie wollen endlich Leben!

22. Künstlerbewerben. Der Städtische Wilhelm Hertel in Stuttgart hat den an ihn erlangenen Ruf an die akademische Hochschule für bildende Kunst in Berlin-Charlottenburg angenommen. Der Ruf lautet: „Der Herr Hertel hat sich an dem 1. April 1921 an dem Hofrat, hat einen Ruf an die Kaiserliche Kunstgewerkschaft in Erlangen erhalten und angenommen.“

zweifelslos von dem Ergebnis der Zusammenkunft Lord Georges mit Brandt abhängen. Die beiden englischen Brigaden — Regimentsverbände in unserem Sinne gibt es in England bekanntlich nicht — bestehen aus je vier Bataillonen mit Maschinengewehren. Die erste Brigade war bereits während der Abstimmung in Oberschlesien und hat damals dort in musterghüthiger, unparteiischer Weise für Ruhe und Ordnung gesorgt.

Franzosen und Polen in Oberschlesien.

Englische Zeugnisse für französische Vorkämpfe.

London, 20. Mai. (A. T. S.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Katowitz führt als Beweis für die Parteinahme der Franzosen zugunsten der Polen mehrere Fälle an, bei denen die Unfähigkeit und die Unlust der französischen Truppen, gegen die polnischen Aufständischen vorzugehen, deutlich zum Ausdruck kommen. Der Berichterstatter erklärt, die polnische Grenze liege immer noch offen. Jäger mit Borräten und Munition für die Aufständischen liefen fast täglich ein. Ein Zeichen der wachsenden englisch-französischen Stimmung sei, daß den britischen Offizieren, die zu der internationalen Kommission gehören, von den Aufständischen nicht mehr gestattet werde, sich in den von den Aufständischen besetzten Gebiete zu bewegen, wenn sie nicht im Besitze von Passen sind, die das Hauptquartier der Aufständischen ihnen ausgestellt hat. Da die britische Section sich unbedingt weigert, die Autorität der Aufständischen in irgendeiner Weise anzuerkennen, lauten die britischen Kommanden an verschiedenen Orten jetzt die größte Gefahr, abgegrenzt zu werden.

Zu der Gegend von Krakau, Dmiecun und Sedis sind polnische Truppenzusammenschlüsse beobachtet worden. Auf dem Bahnhofsplatz in Krakau mehrere Bomben. Ein Zug wurde die Auslösung der Freiwilligen, die militärisch eingestellt sind und im Einheitsdienst sind.

Wir mit hören, sind aus der Stadt Posen mehr als 600 Schüler und Studenten zu den polnischen Intendanten in Oberschlesien geflohen. Die Verbindungen und Todesfälle, die sich bei diesem Exzess ereignen, werden am schwarzen Brett der Universität bekanntgemacht.

Ein Appell an die Internationale.

Aufruf der Sozialdemokratischen Partei.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an das Bureau der Internationale folgende Botschaft geschickt: „Erschütternde Bittere deutscher Volksgenossen, Nachrichten über zahlreiche Morde und Märdertaten, begangen durch die Banden der Korymben, und das heute durch Parteigenossen, die unter Lebensgefahr aus dem von den In-surgenten besetzten Gebiet geflüchtet sind, überbracht. Offen tritt die französische Zudringung des von der polnischen Regierung durch Konstantin inquisieren überlassen zugeht, der das für Deutschland günstige. Mößigt des obereschlesischen Volkes annullieren und den Oberen Rat vor eine vollzogene Selbsttötung verurteilen. Nur übermenschliche Mut und Energie Selbsttötung vermögen bisher, Notwehraktionen anzuknüpfen. Nur die Hoffnung auf eine schnelle Entscheidung gibt der deutschen Bevölkerung die feste Kraft zur Ertragung der unglücklichen Qualen. Wir erwarten vom Internationalen Bureau, ebenso wie von allen ihm angehörenden Sectionen der Internationale das Recht der Selbstbestimmung gegen den polnischen Imperialismus zu sichern, dessen Expansionstrag Europa in neue unvorstellbare Verwicklungen zu stürzen droht.“

Deutscher Chemikertag in Stuttgart.

Die Eröffnung der „Adema“.

Stuttgart, 20. Mai. Der Verein deutscher Chemiker, die zweifellos größte Chemikervereinigung der Welt, hatte ihre diesjährige Hauptversammlung in Stuttgart abgehalten. Die Zahl der anwesenden Teilnehmer betrug über 1000. Den Auftakt der Tagung bildete die Eröffnung der „Adema“, der Ausstellung für chemisches Apparatewesen. Ein Rundgang durch die Ausstellung, den die Preisrichter unter fachverständiger Führung unternahmen, belehrte, vielleicht zum ersten Male, den Laien darüber, wie eine feste Welt von Eifen, Taus, Eisen, Stahl und Zinn, wie sie sich erstallt wird, damit sie nicht zerfällt, es den Menschen zu ermöglichen, zu arbeiten und zu leben. Der Besucher über die Stoffe zu sein. Besonders Interesse erregten die verschiedenen Methoden, die man anwendet, um das gewöhnliche Baumaterial vor dem Angriff von Säuren zu schützen. Viel beachtet wurden Apparate, die gleichzeitig automatisch gestalten, sich jeweils über die Ausnutzung des Brennstoffes genauestens zu unterrichten.

Am Abend vereinigte ein ungewöhnlich Begrüßungsboden die Chemiker in den Sälen des Stadtheaters. Hierbei begrüßte der württembergische Arbeitsminister Dr. Schall die Chemiker im Namen der württembergischen Regierung. Das Reichswirtschaftsministerium sprach Professor Dr. Fischer (Berlin). Eine der wichtigsten Vorträge, die für uns heute machend sind, geht auf Rationalisierung der Wirtschaft hin. Die jedoch zu betonen werden muß, daß die Industrie die Rationalisierung selbst in der Hand behält. Das Problem, das Dittbold fernerzeit in dem Tage ausgedrückt hat: „Rationalisierung des Energie“ sollte heute formuliert werden: „Verleumdung keine Rationalisierung.“

Am heutigen Freitag fand eine allgemeine Sitzung statt. In dieser verkündete zunächst der Vorsitzende die Verlesung der Adema-Bericht-Verhandlung der Zulassung-Einstellung an Professor Max von Laue (Berlin), den Vizepräsidenten im Vor der Arbeit, und der Sitzung-Bericht Professor Max von Laue (Berlin), im Namen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Deutung, wozum der Professor Laue im eigenen und im Namen des nichtanwesenden Professors Pauli dankte.

Oberschlesien als künftige Direktoren.

Der von der künftigen Deputation des Berliner Magistrats für das höhere Schulwesen in Berlin zur Erhaltung der eingegangenen 156 Bewerbungen für die vierzehn offenen Stellen an den höheren Lehranstalten eingeleitete Ausschuss hat unter dem Vorsitz des obersten Schulrats Paulsen auf Antrag des Stadterweiterungsvereins die Wahl beschlossen, für die drei städtischen Gymnasien (Barrlotten und Dorotheen-Gymnasium und Städtische Studienanstalt) an Stelle der bisherigen männlichen Direktoren drei pädagogisch hervorragende Oberschlesierinnen vorzuschlagen. In Vorladung gebracht wurden hierfür die Schulreformlerin Frau Bertha Gerhardt und Marie Behrens, beide vom Sophien-Gymnasium, und Frau Helise Scheidel, langjährige Vorsteherin des Berliner Lehrerinvereins.

